

Protokoll der 13. Sitzung des 51. Studierendenparlaments der Universität Münster

Datum: 8./9. Juni 2009

Beginn: 18:15

Ende: 00:47

Ort: A2 in der Chemie

Protokollant: Matthias Brune

Tagesordnung (endgültige Fassung)

TOP 1: Begrüßung

TOP 2: Feststellung der Beschlussfähigkeit

TOP 3: Wahl einer/s Protokollantin/en

TOP 4: Feststellung der Tagesordnung

TOP 5: Protokolle

TOP 6: Berichte aus dem SP

TOP 7: Berichte aus dem AStA

TOP 8: Berichte aus den Ausschüssen

TOP 9: Sonstige Berichte

TOP 10: Beitragsordnung

TOP 11: Haushalt

TOP 12: Bestätigung von AStA-ReferentInnen

Zu den einzelnen Tagesordnungspunkten

TOP 1: Begrüßung

Johanna eröffnet die Sitzung und begrüßt alle anwesenden ParlamentarierInnen und Gäste zur Sitzung, die heute ausnahmsweise im Hörsaal A2 der Chemie stattfindet, da die Räumlichkeiten im Schlosse anderweitig benötigt werden.

TOP 2: Feststellung der Beschlussfähigkeit

RCDS: Corinna Schnorbus, Jan Willimzig, Alexander Jahn, Dorothée Siuda (bis 0:15), Stefan Roth (bis 0:15), Fabian Westerheide (bis 23:00)

LSI: Judith Chrobok (bis 0:15), Julius Will

US: abwesend

uFaFo: Luciano Januario de Sales (ab 20:15), Astrid Sauermann, Gunnar Friebe

Linke.SDS: Pascal Hermes (bis 23:45)

DIL: Petya Nikolova

Uni-GAL: Max Karrasch, Moritz Hegemann, Pia Behrens, Gunnar Risse, Rudi Mewes

Juso-HSG: Ninja Schmiedgen, Jana Sophia Nolle (bis 0:15), Marthe Louise Fehse, Conny Jäger (bis 0:15), Johanna Biederbeck, Carsten Schroer, Oliver Kühn, Jürgen Niggemann, Nils Greve, Veith Lemmen, Hannes Papenberg (bis 0:15)

Es sind 28 von 31 ParlamentarierInnen anwesend. Anschließend erfolgt die Verteilung der Stimmkarten.

TOP 3: Wahl einer/s Protokollantin/en

Johannes E. schlägt Matthias Brune als Protokollanten vor. Es gibt keine weiteren Vorschläge. Matthias wird einstimmig bei einer Enthaltung gewählt.

TOP 4: Feststellung der Tagesordnung

Es werden Änderungsanträge zur vorgeschlagenen Tagesordnung vorgebracht.

Carsten beantragt, den TOP 14 auf TOP 10 setzen (Beitragsordnung nach den Berichte-TOPs); der Antrag wird bei einer Enthaltung einstimmig angenommen.

Rudi gibt einen Hinweis auf eine veränderte AStA-Vorlage und den Semesterticket-Vertrag (beide werden gerade kopiert und liegen dem Präsidium bereits vor).

Astrid beantragt, die TOPs „Bestätigung von AStA-ReferentInnen“ und „Wahl von stellvertretenden AStA-Vorsitzenden“ nach dem Haushalt zu besprechen; 13 sind dafür, 9 dagegen, bei 2 Enthaltungen. Der Antrag ist somit angenommen.

Marlou beantragt die Streichung der TOPs 19-21; der Antrag wird einstimmig angenommen.

Es liegen keine weiteren Änderungswünsche vor. Über die Tagesordnung in der vorliegenden Form wird sodann abgestimmt. Sie wird bei 3 Enthaltungen einstimmig angenommen.

TOP 5: Protokolle

Es liegt immer noch das Protokoll der 9. Sitzung vor.

Astrid stellt einen Antrag auf Nichtbefassung mit diesem Protokoll.

Eine Rechtsbeschwerde bezüglich dieses Protokolls wurde bei Jochen eingereicht. Jochens Auffassung diesbezüglich ist, dass die Wahl eines Protokollanten ungültig war, weswegen auch Protokoll rechtswidrig sei; Es sei kein Widerspruch durch die Rechtsaufsicht zu dieser Sichtweise geäußert worden, aber auch keine direkte Zustimmung hierzu.

Astrid stellt einen GO-Antrag auf die Vertagung der Behandlung dieses Protokolls; es gibt keine Gegenrede. Die Befassung mit diesem Protokoll wird somit auf die nächste Sitzung vertagt.

Es liegen keine weiteren Protokolle vor. Jochen weist darauf hin, dass rückständige Protokolle zeitnah einzureichen sind. Hannes erinnert daran, dass das Finanzreferat auch zeitnah die Aufwandsentschädigung dafür auszuzahlen hat.

Marlou stellt einen GO-Antrag auf eine weich quotierte Redeliste; Es stimmen 7 dafür, 1 dagegen; der Antrag ist somit angenommen.

Es wird gefragt, was aus den Bewerbungen für einen dauerhaften Protokollanten geworden ist. Johanna informiert, dass es bislang 2 Bewerbungen gegeben habe, aufgrund der geringen BewerberInnen-Zahl werde die Bewerbungsfrist verlängert, weiterhin solle die Ausschreibung nun auch stärker publik gemacht werden. Das Präsidium wird gebeten, die Suche nach einer/m ständigen Protokollantin/en zeitnah voranzutreiben.

TOP 6: Berichte aus dem SP

Es liegen keine Berichte vor.

TOP 7: Berichte aus dem AStA

Jochen verkündet, dass es Neuigkeiten zum NRW-SeTi gebe, dazu werde er zu einem späteren Zeitpunkt mehr sagen.

Die AStA-Homepage ist derzeit inaktiv, vermutlich aufgrund technischer Probleme (Anmerkung des Präsidiums: Auch die Seite des Studierendenparlaments ist offline.).

Es werde darüber hinaus weiter an einer Überarbeitung der Struktur der Seite des AStA gearbeitet.

Jochen gibt sodann einen Überblick über die weitere Planung und Vorbereitung des Bildungstreiks. Er spricht eine Einladung zur Demo am Mittwoch um 10:00 aus und weist auf die Kundgebung um 11:30 auf dem Schlossplatz hin. Er betont, dass die Studierenden dafür auch von der Anwesenheitspflicht bei Veranstaltungen freigestellt sind (Auf Nachfrage: Die Veranstaltung ist bis 14:00 als Vollversammlung angemeldet, bis dahin sei man in jedem Falle offiziell freigestellt. Jedoch seien durchaus gesonderte Absprachen mit den betreffenden DozentInnen möglich, um darüber hinaus eine Freistellung zu erwirken).

Rudi berichtet von der Planung des internationalen Sommerfestes, die zusammen von AStA und ASV durchgeführt werde; besonderer Dank gehe hierbei an Christian van Bebbber. Man sei auf einem guten Wege, das Fest zu einem inhaltlich, kulturell und ökonomisch und kulinarisch erfolgreichem Ereignis zu machen.

Es liegen keine weiteren Berichte vor.

TOP 8: Berichte aus den Ausschüssen

Mareike berichtet aus dem Semesterticket-Ausschuss:

Ein Vertragsentwurf liege vor, man habe Verbesserungsvorschläge zurück an Verkehrsbetriebe geschickt. Das NRW-Semesterticket werde aus zwei Tickets bestehen (Der Ausschuss hat dies so beschlossen, da es die zunächst einfachste, und vor allem am schnellsten umsetzbare Lösung sei; eine nachträgliche Verbesserung dieses Modus sei jedoch auf jeden Fall geplant). Die Tickets würden weiterhin aus Datenschutzgründen nicht bei den Verkehrsbetrieben mit den Namen bedruckt, sondern blanko an die Uni-Verwaltung verschickt, die sie dann bedrucken werde.

Vor dem Unterzeichnen des Vertrages solle auf jeden Fall eine Dringlichkeits-Sitzung des SeTi-Ausschusses stattfinden, um die endgültige Fassung des Vertrages zu begutachten und eine Stellungnahme dazu abzugeben.

Nils weist auf die nächste Sitzung des Reformausschusses hin, die am kommenden Donnerstag um 16:00 stattfinde. Als Sitzungsort sei der AStA geplant.

Es liegen keine weiteren Berichte vor.

TOP 9: Sonstige Berichte

Es liegen keine Berichte vor.

TOP 10: Beitragsordnung

Rudi stellt den Vorschlag der neuen Beitragsordnung am Tageslichtprojektor vor (die neueste Fassung der Beitragsordnung wird noch in Kopien nachgereicht).

In der neuen Beitragsordnung wurden durchschnittliche Preise für das NRW-Ticket für das Winter- und das Sommersemester gebildet, wobei das Wintersemester aufgrund der höheren Studierendenzahl eine etwas höhere Gewichtung erhalten habe. Der Durchschnittspreis sei aus Gründen der Rundung vorgenommen worden.

Rudi entschuldigt sich für das späte Vorliegen des Vertrages, die Verhandlungen seien aber erst kurzfristig auf den aktuellen Stand gelangt. Er führt aus, die Mindestlaufzeit des Vertrages wurde auf ein Jahr gesenkt (vorher 2,5 Jahre), an sich sei aber eine unbefristete Laufzeit gegeben (die neue Frist entspreche dem ungefähren Zeitfenster für eine neue Beitragsordnung, so dass bei Ablehnung einer Beitragsordnung eine zeitnahe Kündigung möglich sei).

Julius fragt, warum der Vertrag erst seit letzter Woche vorliegt, da doch schon der vorherige AStA mit diesem Thema betraut gewesen sei. Jochen berichtet, der jetzige Entwurf sei nach Gesprächen mit DB Regio entstanden. Es sei bereits Anpassung an die derzeit vorliegenden Verhältnisse erfolgt, somit sei es schon nicht mehr nur der Mustervertrag. Der Vertragsentwurf sei vor etwa drei Wochen von der DB Regio gekommen, dieser Entwurf sei aber schon vorher da gewesen (auch wenn er ihn im AStA nicht finden konnte). Die

angeblich unklare Informationslage habe für etwas eilige Einbringung von Änderungswünschen gesorgt, dennoch wolle er für eine Umsetzung dieser Wünsche sorgen.

Alexander Jahn fordert Veith auf, Stellung zu den früheren Verhandlungen zu nehmen, an denen er laut vorliegender Informationen als Verkehrsreferent beteiligt gewesen sein soll. Veith erklärt, dass es weder ein Verkehrsreferat gab, noch dass er dafür verantwortlich gewesen wäre.

Ninja ergänzt, dass ein Mustervertrag für die KFH vorlag und auch weitergegeben wurde, ein auf die Uni Münster gemünzter Entwurf, wie Jochen behauptete, sei jedoch nicht vorliegend gewesen.

Jochen fährt fort, eine schnellere Verschickung sei nicht möglich gewesen, was ihm auch leid täte. Eine digitale Zusendung des Vertrages sei schon seitens der Verkehrsbetriebe nicht erfolgt, jedoch solle die neue Fassung mit den Änderungswünschen digital zugesandt werden und auch an die ParlamentarierInnen weitergeleitet. Eine erste Fassung des Entwurfes wurde zeitnah an den SeTi-Ausschuss weitergeleitet, damit dort ein aktueller Informationsstand herrscht. Die angebliche Beteiligung Veiths in den vorherigen Verhandlungen ergebe sich aus einem Dokument, das ihm von den Verkehrsbetrieben zugesandt wurde, in welchem sich Veiths Name fand. Hieraus habe er angenommen, dass eine Mitarbeit Veiths an den Verhandlungen zutreffe.

Julius fragt mit gehöriger Empörung, was an dem Vertrag anders wäre als an einem Mustervertrag. Jochen antwortet, dass ein unterschiftsreifer Vertrag vorgelegt worden sei (Datum dieser Fassung: 10.1.), dass aber trotzdem ein solches Vorliegen seitens des alten AStAs dementiert werde. Ein erstes Angebot sei schon Anfang des letzten Wintersemesters an die AStA-Vorsitzende zugegangen. Jochen beklagt das angebliche Fehlen von Unterlagen im AStA bezüglich des NRW-Semestertickets. Er hat zwei Theorien zu den Gründen dieser Umstände: Entweder hat der letzte AStA die Arbeit dahingehend vernachlässigt oder die betreffenden Unterlagen sind nicht mehr da.

Conny gibt einen Hinweis auf die Geschäftsordnung. Sachfremde Einlassungen sind unpassend und deshalb zu unterlassen.

Rudi stellt einen Antrag auf Schluss der Redeliste zu diesem Aspekt. Es wird keine Gegenrede geführt.

Ninja bietet Jochen an, eine Chronologie der stattgefundenen Arbeit vorzulegen, was ihr terminlich bislang nicht möglich gewesen sei. Sie betont, dass die Bereitschaft zur Aufklärung dieser Vermutungen da sei, ebenso sei sie bereit, auf eine dezidierte Aussage der Verkehrsbetriebe zu warten. Im Übrigen sollte nunmehr die Einführung des Tickets im Mittelpunkt stehen. Eine „Generalabrechnung“ gegen den vorherigen AStA sei hier in höchstem Maße unangebracht

Nils fügt hinzu, eine solche „Abrechnung“ mit dem alten AStA könne ja dereinst bei der Entlastung erfolgen. Bis dahin seien aber solche Anfeindungen nicht sachgemäß und unangebracht.

Veith hat den Eindruck, dass Gegner des NRW-Tickets ein „Abschmieren“ des Tickets vorbereiten wollen. Vorwürfe „über die Hintertür“ sieht er als Verfehlungen. Er führt aus, „unserer Meinung nach muss das Ticket kommen“ und „wir halten Einführung für problemlos möglich“.

Damit Erörterung dieses Aspekts beendet.

Jochen weist noch darauf hin, dass das SP mit qualifizierter Mehrheit abstimmen müsse.

Ein Problem, das bislang noch bestehe sei das Klagerisiko (Eine Kündigung sei erst bei Rechtskraft eines Urteils möglich nach dem aktuellen Stand, der Vorschlag sei aber, als maßgeblichen Zeitpunkt die Verkündung des Urteils festzulegen, weiterhin soll auch ein verwaltungsgerichtliches Urteil aus anderen Städten maßgeblich sein. Ansonsten bestehe ein hohes Schadensersatz-Risiko, das bis zur Insolvenz der VS führen könnte). Die Verkehrsbetriebe seien diesen Vorschlägen gegenüber aufgeschlossen, eine Möglichkeit der dahingehenden Abänderung wird von deren Seite geprüft. Insgesamt herrsche eine sehr konstruktive Gesprächsatmosphäre.

Es wurde die Einführung eines Sozialfonds vorgeschlagen, die Festlegung der hierbei maßgeblichen Kriterien könnte vielleicht durch den Vergabeausschuss vorgenommen werden. Ein eigener Haushaltstitel für diesen Fond wurde verworfen, stattdessen sollen Einsparungen im Haushalt vorgenommen werden. Der Umfang des Fonds soll so bemessen sein, dass bis zu 250 Erstattungen finanzierbar sind. Insbesondere soziale Härtefälle sollen hierdurch abgefangen werden. Leider sei kein Durchbruch in den Verhandlungen erreicht worden, was die Beteiligung der Verkehrsbetriebe an einem solchen Sozialfond anbelange. Möglich wäre jedoch eine Überarbeitung der Erstattungsgründe im Münsterland-Vertrag, die dann auch für den Vertrag bezüglich des NRW-Tickets gelten würden. Bislang sei es möglich, dass Semesterticket bei langfristiger Abwesenheit und ähnlichen Gründen erstattet zu bekommen. Eine ähnliche Regelung soll auch für das NRW-Ticket getroffen werden.

In der Beitragsordnung soll weiterhin eine Salvatorische Klausel enthalten sein, auch wenn ein Veto des Rektorats derzeit nicht ersichtlich ist. Jochen erklärt abschließend, ihm wäre sehr daran gelegen, wenn die Beitragsordnung heute beschlossen werden könnte, damit sie umgehend genehmigt werden könne.

Veith bittet, nochmals zu erklären, warum in der neuen Fassung der Beitragsordnung der Beitrag für Aufgaben der Studierendenschaft um 0,65 € abgesenkt wurde. Er sei „kein Freund von Cent-Absenkungen“. Rudi erklärt hierzu, es sei eine schwierige Diskussion geführt worden. Letztlich sei die Absenkung auch ein Signal an das Studentenwerk und die Hochschule, dass es dem AStA nicht egal sei, wie viel Geld man von der Studierendenschaft nehme.

Veith fragt, ob diese Absenkung nicht vielleicht auf Verhandlungen mit RCDS und LSI beruhen könnte. Hierzu wird geantwortet, Jochens AStA sei ein unabhängiger AStA. Zumindest uFaFo war nicht an irgendwelchen „Verhandlungen“ beteiligt, Rudi war natürlich beteiligt, ebenso Jochen, aber es habe keine Verhandlungen zwischen Listen gegeben.

Jochen ergänzt, der Sozialfond wurde nach Gesprächen unter anderem mit der Juso-HSG gestrichen, während Absenkung des allgemeinen Beitrages lediglich die längst überfällige Umsetzung eines SP-Beschlusses sei. Die zusätzliche Absenkung über diesen Betrag hinaus (0,65 € statt nur 0,50€) soll Signal sein wie Rudi ausgeführt hat. Auch sollen die Erhöhungen in anderen Bereichen etwas abgefedert werden.

Nils möchte gerne wissen, wie die geplante Erweiterung der Rückerstattungsmöglichkeiten mit dem Wegfall des Sozialfonds zusammen passe. Welche Haushaltstitel sollen dafür gekürzt werden? Er bittet um konkrete Angaben. Rudi antwortet, dass ein Kassensturz gemacht worden sei. Es sei versucht worden, konkrete Titel zu benennen, insgesamt seien etwa 50 Haushaltstitel betroffen, zum Beispiel seien Einsparungen im Katalog der AStA-Referate vorgesehen (Hier liege der Großteil der Einsparungen, außerdem werde bei Veröffentlichungen des AStA, der Repräsentation und Bewirtung, den Reisekosten, und im Bereich der überregionalen Vernetzung gespart (wobei letzteres nicht abgeschafft werde)).

Gunnar bittet für die weitere Diskussion um das Unterlassen der Verwendung des Begriffes „Jamaica-Koalition“, da diese faktisch nicht existiere.

Nils erklärt, Rudis Ausführungen seien ihm zu nebulös, zum Beispiel in puncto Veröffentlichungen. Er bittet um die Übersendung einer genauen Aufstellung der Änderungen an das SP. Rudi sichert ihm zu: „Wird gemacht.“

Conny stellt einen Antrag auf Überweisung der Beitragsordnung in die zweite Lesung. Das Präsidium erklärt, dass hierzu eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich ist.

Ergebnis der Abstimmung: 24 dafür, 1 dagegen; Der Antrag ist somit angenommen.

Die Beitragsordnung wird damit in zweiter Lesung behandelt. Es werden Änderungsanträge zu den einzelnen Abschnitten angenommen, wonach über jeden Teil einzeln abgestimmt wird.

Zu Art. 1 I liegen keine Änderungswünsche vor. Es folgt die Abstimmung über die vorliegende Form. Die Abstimmung endet bei 2 Enthaltungen einstimmig für die vorliegende Form.

Auch 1.II wird ohne Änderungsanträge in vorliegender Form abgestimmt. Ohne Enthaltungen wird die vorliegende Form einstimmig angenommen.

Zu Art. 1 III wird ein GO-Antrag auf geheime Abstimmung gestellt.

Änderungsantrag von Astrid: Streiche Zeile 2; ersetze 113,00 € durch 75 € und streiche „zusammengesetzt aus“. Es folgt eine Gegenrede von Conny: Die Urabstimmung hat den Willen der Studierendenschaft klargestellt. Sie bittet daher um eine Abstimmung für das Ticket, um diesen Willen der Studierendenschaft auch zu vollziehen.

Die Abstimmung über Astrids Änderungsantrag ergibt: 5 sind dafür, 21 dagegen, bei 1 Enthaltung. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Rudi stellt den GO-Antrag, schon zur Abstimmung über 1.IV überzugehen, während das Präsidium die geheime Abstimmung über 1.III vorbereitet. Es gibt keine Gegenrede.

In der Abstimmung über 1.IV wird die Beitragsordnung insoweit in der vorliegenden Form einstimmig angenommen.

Es folgt die geheime Abstimmung über 1.III, in der sich 23 dafür aussprechen, 4 dagegen, bei einer Enthaltung.

Die Abschnitte 2 und 3 werden jeweils ohne Änderungsanträge in den vorliegenden Formen jeweils einstimmig bei jeweils einer Enthaltung angenommen.

19:43 Fraktionspause Uni-GAL bis 19:48

Abschließend folgt die Abstimmung in der zweiten Lesung über die Beitragsordnung in der vorliegenden Form (ohne Änderungen): 3 dagegen, keine Enthaltungen. Da keine Änderungen in der zweiten Lesung erfolgt der Übergang zur dritten Lesung. Auch in der dritten Lesung gibt es keine Änderungen.

19:53; Veith: Fraktionspause Juso-HSG bis 19:58

Es wird abschließend über die Beitragsordnung in der vorliegenden Form abgestimmt. Die Abstimmung in der dritten Lesung ergibt 2 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen, Rest Zustimmungen. Damit ist die Beitragsordnung geändert.

TOP 11: Haushalt

Rudi stellt die aktuelle Fassung des Haushalts vor. Die Rücküberweisung in den Haushaltsausschuss und nunmehr weitere Behandlung in der zweiten Lesung ist, so berichtet er – kein Vorgehen, dass die Rechtsaufsicht als rechtswidrig ansieht.

Es liegen aus Rudis eigener Feder 4 Änderungsanträge, die er jeweils an passender Stelle einbringen wird. Dabei stellt er von vornherein klar, dass die Änderungen nichts an den

Überschüssen ändern würden, sondern sich insgesamt aufrechnen würden. Der Haushalt ist somit im Ergebnis ausgeglichen.

Rudi führt weiterhin aus, dass „Rückstellungen“ bislang als Liquidität einbehalten werden, es soll aber versucht werden, solche Rückstellungen in gewinnbringenderen Geldanlagen verwenden zu können. Eine Differenz des Rückstellungsbegriffs zur üblichen kaufmännischen Definition ergibt sich dabei aus der HWVO. Ziel ist es bei diesen Überlegungen, den bisher eingeplanten Überschuss nicht anzugreifen.

Conny stellt einen GO-Antrag auf die einzelne Abstimmung zu I.1.20 n.F.

20:15: Fraktionspause RCDS bis 20:20

Die einzelne Abstimmung über I.1.20 ergibt: 17 dafür, 7 dagegen, 5 Enthaltungen.

Abstimmung über übrigen Titel des Änderungsantrags: einstimmig angenommen

Abstimmung über Titel I.1: Bei 11 Enthaltungen angenommen

I.2 wird ohne Änderungen in der vorliegenden Form abgestimmt. Es stimmen 26 dafür, 1 dagegen, 2 Enthaltungen.

II.1 wird ohne Änderungen in der vorliegenden Form abgestimmt. Es stimmen 27 dafür, 1 dagegen, 1 Enthaltung.

Rudi stellt einen Änderungsantrag zu II.2, II.3, II.4 vor, der im Wesentlichen den Verzicht auf eine AE-Erhöhung, sowie die Reduzierung einiger Stellung beinhaltet. Die Idee dahinter sei, dass das so eingesparte Geld der Sozialerstattung zu Gute kommen soll.

Veith fragt nach, was es zu bedeuten habe, dass Rudi in Gestalt des Titels II.9.30 eine „Forderung von RCDS und LSI“ (Zitat aus der Vorlage des Finanzreferenten in der Spalte „Anmerkungen“ zum genannten Haushaltstitel) aufgenommen hat. Rudi gibt zur Antwort, diese Anmerkung erkläre sich dadurch, dass eine solche Kürzung seine Forderung nicht gewesen wäre.

Pascal beantragt Rederecht für Hannes Draeger.

Johannes E. verlangt zu wissen, wie Rudis Änderungswünsche mit dem in Einklang zu bringen wären, was der Haushaltsausschuss besprochen und beschlossen habe. Rudis Antrag streiche gegen die Beschlusslage des HHA das Anti-Rassismus-Referat und ignoriere den erwirkten Kompromiss bezüglich der Aufwandsentschädigungen für die SSP-Redaktion. Johannes fragt die Welt im Großen und Ganzen und Rudi im Besonderen, warum der HHA überhaupt noch tage, wenn seine Beschlusslage in so direkter Weise ignoriert würde. Ebenso erstaunt es ihn, dass die offen als „Forderung von RCDS und LSI“ markierte Änderung nicht

von den entsprechenden Mitgliedern dieser Listen im HHA eingebracht wurde, sondern durch den Umweg über Rudis Änderungsantrag ihren Weg in den Haushalt findet.

Rudi erklärt auf die letzte Frage hin, dass diese Änderungen zwar nicht vom Haushaltsausschuss beschlossen wurden, jedoch durchaus dort diskutiert wurden. Da solche Besprechungen appellativen Charakter hätten, habe er sie eingepflegt.

Nils greift das Thema nochmals auf und fragt, warum der Finanzreferent überhaupt Forderungen von RCDS und LSI in seinen Haushalt einbringen würde und ob der AStA dies tolerieren würde.

Rudi gibt zur Antwort. „Ich habe gesagt, was ich dazu zu sagen habe.“ Auch auf eine weitere kritische Nachfrage von Veith diesbezüglich verweigert Rudi jegliche weitere Antwort.

Hannes fragt, wie eigentlich uFaFo und Uni-GAL dazu stünden, dass dieser AStA Forderungen von LSI direkt in seinen Haushalt einfließen lässt, obgleich man doch den Vorsatz gehabt hätte, nicht mit rechten Listen zu kooperieren. Astrid erklärt hierzu, das uFaFo habe an keinem Treffen mit RCDS oder LSI teilgenommen, man werde weiterhin auch in Zukunft keine Koalition mit diesen Listen in Betracht ziehen, aber eine Kooperation in einzelnen Sachfragen durchaus für notwendig und angebracht halten, auch wenn die politischen Einstellungen nicht übereinstimmen würden.

Johannes kommt noch einmal auf das Ignorieren der Beschlusslage des Haushaltsausschusses zurück und verlangt eine Begründung hierfür. Weiterhin würde er gern wissen, wie Astrid abstimmen würde, wenn die Juso-HSG die Rückgängigmachung dieser Änderungen beantragen würde. Er vermutet, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen den zahlreichen Rücktritten aus den Reihen der Uni-GAL und den nun öffentlich bekundeten „Forderungen von RCDS und LSI“ gibt. Astrid wendet ein, dass eine Rückänderung problematisch sei, da das freiwerdende Geld ja in den SeTi-Fond fließen sollte.

Jochen äußert, dass Flügelkämpfe jetzt inhaltlich nicht weiterführend wären. Die zusätzlichen Beiträge durch den von ihm ursprünglich angedachten Solidaritätsfond sollten erhoben werden, um neue Härten auszugleichen. Da dieser neue Fond auf breite Ablehnung stieß, müssen die neuen Härten des NRW-SeTi-Preises anderweitig ausgeglichen werden. Ein konstruktiver Vorschlag hierzu kam nun einmal seitens RCDS und LSI. Die Kürzung des Topfs überregionale Vernetzung ist auch insofern vertretbar, da dieser Titel noch groß genug sei, da hierfür eh kaum Geld ausgegeben werde.

Conny wendet ein, dass „Konstruktive Vorschläge“ normalerweise im HHA vorgetragen werden und nicht in stillen Kammern im toten Winkel der Öffentlichkeit. Diese Gepflogenheiten stoßen bei ihr auf herbes Erstaunen.

Rudi wundert sich darüber, dass der Haushalt von der Juso-HSG in den Haushaltsausschuss zurücküberwiesen wurde, dann jedoch im HHA kaum Änderungsvorschläge seitens der Jusos

geäußert worden sind. Eine Anpassung des Stellenplans im AStA fand er in Ordnung, aber darin war nun einmal bislang kein Anti-Rassismus-Referat enthalten. Die Einführung des NRW-Tickets erfordere umfassende Änderungen im Haushalt, weswegen allgemeine Änderungswünsche von irgendeiner Liste nicht ausreichend seien, sondern dezidierte Änderungsanträge mit Deckungsvorschlägen erforderlich seien. Da seitens der Juso-HSG Anzeichen sichtbar waren, in vielen Punkten nicht zu kooperieren, habe man sich anderweitig nach einer Mehrheit für den Haushalt umgesehen. Es gelte in der vorliegenden Situation in jedem Falle, langwierige Streits zu vermeiden.

Nils möchte von Jochen wissen, ob dieser bei den Treffen anwesend war, bei denen diese Forderungen formuliert wurden, ob er sie selber unterstützt und wie die Uni-GAL dazu stehe (die sich dazu bislang nicht dazu geäußert hat). Weiterhin wüsste er zu gern, was der RCDS alles dafür bekommen habe, dass er den Haushalt mitträgt. Jochen findet diesen Vorschlag gut und unterstützt ihn, da gute Vorschläge, die zu einem gedeckten Haushalt führen, immer gebraucht werden. Er plädiert für eine Zustimmung. Die „Belohnung“ an den RCDS für die Unterstützung, so Jochen mit dem Schalk im Nacken, sei ein RCDS-Fahnenappell jeden Morgen um 8 Uhr vor dem AStA.

Veith meint bezüglich dieser ganzen Debatte: „Die Sache stinkt, das haben ja jetzt auch alle wahrgenommen.“

Pascal merkt an, adressiert an Astrid, es habe mindestens viermal (wahrscheinlich häufiger) eine Einladung an das uFaFo für Gespräche gegeben. Offenbar bevorzuge dieses jedoch Gespräche mit dem rechten Lager.

Hannes D. sieht es als ein politisches Problem, dass der AStA keine Bewerbungen bekommt. „Gute Leute“ würde die Koalition ja mittragen. Die faktische Streichung des AntiRa-Referates bestürzt ihn besonders, da gerade dieses Referat von besonderer Wichtigkeit ist. Eine vorschnelle Kürzung bzw. Streichung ist daher grundlegend falsch. An das uFaFo und die Uni-GAL gewandt, meint er, sie als linke Listen sollten sich gut überlegen, ob sie das wirklich mittragen wollen.

Jochen hält dagegen, dass wenn Hannes die Arbeit so wichtig findet, er sie ja hätte machen können. Die hier vorgeschlagene Anpassung des Stellenplans mag einzelnen nicht passen, die Sachlage bleibe aber unverändert. Damit sei nun alles gesagt.

Judith Chrobok stellt einen GO-Antrag auf den Schluss der Redeliste, Conny führt eine formale Gegenrede: Es stimmen 12 dafür, 12 dagegen, 4 Enthaltungen. Der Antrag ist somit abgelehnt.

Hannes P. merkt an, das für soziale Erstattungen andernorts eingesparte Geld entspreche der Kürzung aus dem allgemeinen Beitrag fast genau.

Rudi merkt zur Debatte um den Rauswurf des Anti-Rassismus-Referats an, dass es hierzu ernsthafte Bemühungen gegeben habe, die Leute, die zu dem AStA-Bewerbungs-Treffen

gekommen sind, fürs AntiRa zu begeistern, offenbar ohne Erfolg. Es gebe jedoch die Möglichkeit, die Arbeit zu Antirassismus und Antifaschismus auch im Referat für politische Bildung durchzuführen. Für das Anti-Rassismus-Referat habe sich einfach niemand beworben.

Pascal beantragt Rederecht für Jewgenij Arefiev (ASV), hierzu gibt es keine Gegenrede.

Veith wendet zum zuletzt von Rudi gesagten ein, das Heruntersetzen des Titels führe mit Sicherheit dazu, dass sich auch in Zukunft keiner mehr bewerben könne. Ihm kommt die Argumentation, die AntiRa-Arbeit könne auch im PolBil-Referat wahrgenommen werden, ein bisschen so vor wie das Credo des RCDS, man könne das autonome Schwulenreferat mit dem autonomen Lesbenreferat zusammen legen. Darüber hinaus unterstreicht er vehement, was dem AstA seiner Ansicht nach offenbar bislang entgangen ist: Er befinde sich jetzt in der Regierungsverantwortung. Daher sei es nicht mehr angebracht, immer nur mit dem Finger auf andere, insbesondere den vorherigen AstA zu weisen und die Schuld weiter zu schieben.

Fraktionspause UniGAL bis 21:10

Fraktionspause RCDS bis 21:15

Jewgenij berichtet dem Parlament, dass Jochen eine Ernennung Jewgenijs zum AntiRa-Referenten abgelehnt habe, mit der Begründung, Jewgenij würde vom SP nicht bestätigt werden. Jewgenij erneuert hiermit seine schon zuvor ausgesprochene Bewerbung und betont noch einmal die Wichtigkeit dieses Referats.

Conny bemerkt daraufhin, dass zumindest das Argument des angeblichen Mangels an KandidatInnen nicht mehr besonders schlagkräftig sei, wohingegen das Argument der angeblichen Nichtbestätigung wohl kaum ein Grund sei, da Jochen auch zuvor keinen Stress damit gehabt habe, ReferentInnen zu ernennen, die vom SP nicht bestätigt worden sind.

Petya wundert sich, wie viele weitere KandidatInnen es wirklich gegeben hat, die unter den Tisch gefallen lassen wurden.

Jochen verkündet, dass es ja offenbar jetzt einen Interessenten für das Referat gebe, er dementiert jedoch, dass er von Jewgenij eine qualifizierte Bewerbung erhalten habe.

Veith kündigt an, da das AntiRa-Referat nicht durch halbe Stelle im PolBil zu ersetzen sei, einen Änderungsantrag formulieren würde, der beinhalte, den Rest des Jahres mit einer vollen Stelle zu versehen.

Astrid merkt an, die Jusos hätten doch gefordert, den Haushalt dem Stellenplan anzupassen. Nicht besetzte Stellen würden doch unzweifelhaft zu solchen Anpassungen gehören. Das „Aufmucken“ der Juso-HSG sei ihr daher unverständlich.

Veith hält dem entgegen, warum man den gerade bei AntiRa nicht die Absicht hätte, es auch in Zukunft nicht zu besetzen, obgleich es nicht das einzige noch nicht besetzte Referat wäre.

Hannes Draeger erklärt, es gehe ihm nicht darum, Stellen für den Bildungsstreik zu Gunsten des AntiRa-Referats zu streichen, da beides wichtig sei. Er hält Astrids Argumentation jedoch für dünn, wenn einfach alles auf die Jusos geschoben wird. In seinen Augen sei der Erhalt eines so wichtigen Referats das Recht der Wählerinnen und Wähler. Er wünscht sich daher eine politische Botschaft von uFaFo und Uni-GAL. Die bislang fehlende Arbeit auf dem Gebiet des Anti-Rassismus mache dieses Referat keineswegs obsolet, da das Thema weiterhin von großer Wichtigkeit sei. Die nun angedachte Streichung öffne der Verwandlung dieses angeblich einmaligen Fehlens in einem status quo, was er für ein sehr gefährliches Signal hält.

Astrid hat nicht dem gesamten Wortbeitrag zugehört, wundert sich nur erneut darüber, dass die Jusos sich jetzt so äußern.

Johannes bemerkt, dass im HHA das AntiRa-Referat aus der Anpassung ausgenommen wurde. Was eine angebliche Blockadehaltung der Jusos bezüglich des Haushalts angeht weist er darauf hin, dass das uFaFo vier Sitzungen beschlussunfähig gemacht hat, die eben diesen Haushalt auf der Tagesordnung hatten.

Nils sagt, dass die von Jochen schon einmal ernannten PolBil-Referenten nicht erkennen ließen, dass sie das Thema Antirassismus mit bearbeiten würden. Wie nimmt Jochen zur Kenntnis, dass einige seiner ReferentInnen in antifa-Kreisen aktiv sind und er solch ein Referat streichen will?

Rudi findet den Vorwurf der Juso-HSG hart, wo sie doch eine Sitzung so sehr verzögert hätte. Ein Kompromissvorschlag wäre wünschenswert, weiterhin sei ja eine Mitarbeit der Koalitionen am AStA möglich gewesen, aber offenbar nicht gewünscht. Die Ablehnung der Kernreferate durch die Jusos sei unverständlich, er sieht das AntiRa-Referat als „Fetisch“ der Juso-HSG.

Astrid beantragt den Schluss der Redeliste, es folgt eine formale Gegenrede durch Veith. Abstimmung: 17 dafür, 12 dagegen, der Antrag ist somit angenommen.

Veith hält das „Fetisch“-Gerede von Rudi für Schwachsinn. Bezüglich der fehlenden Bewerbungen weist Veith nochmals darauf hin, was er schon früher gesagt hat: „Ihr seid nicht mehr die Opposition, ihr müsst euer Team selber zusammenstellen.“ Das Zauberwort laute wie zuvor „Regierungsverantwortung“! Er möchte nochmals klarstellen, dass bislang nicht erklärt wurde, warum ausgerechnet das AntiRa-Referat über die Klinge springen soll.

Petya schließt sich Veiths, ihrer Ansicht nach guten Argumentation an. Die Bewusstmachung des Themas sei unglaublich wichtig, gerade auch aufgrund subtiler Diskriminierung und Ignoranz. Eine Streichung würde diesen Weg dauerhaft versperren.

Hannes D. kritisiert, dass die Oppositionskoalition für die Nichtbestätigung der AStA-ReferentInnen verantwortliche gemacht werden. Es habe Gesprächsangebote dieser Koalition an Uni-GAL und uFaFo gegeben, die abgelehnt wurden. Er weist darauf hin, dass es

die Strategie der rechten Listen sei, den AStA zu chaotisieren, was ihnen beim derzeitigen Vorgehen des „Team-AStAs“ bereits gut gelungen sei.

Ninja fragt, warum zur Rekrutierung von Personal nicht auch entsprechende Gruppen mal kontaktiert werden. Gab es vielleicht sogar Kontakte ohne Ergebnisse?

Nils merkt an, dass in diesem Studierendenparlament aktuell die linken Listen nur 13 Stimmen haben. Die „Verweigerung“ der Jusos ergebe sich daraus, dass seitens des AStA Forderungen von RCDS und LSI direkt erfüllt werden. Das „Team“-Gerede ist Schwachsinn, da linke Listen nicht gefragt wurden. Er ist „gespannt, welche Bestätigung sie sich für 5.000 € gekauft haben“.

Conny betont, dass das AntiRa-Referat derart wichtig sei, dass eigentlich jeder für den Erhalt sein sollte.

Stefan findet das ganze unterhaltsam und vermutet, dass das ganze eine Verzögerung des Haushalts bewirken soll.

Jochen meint, es stehe außer Frage, das AntiRa-Referat wichtig sei. Was hier gerade ablaufe, habe jedoch mit dem Thema nichts mehr zu tun. Er holt zu einer längeren Erzählung aus, an welche längere Episode aus der Vorzeit der Hochschulpolitik ihn diese Debatte erinnert. Rudi unternimmt den Versuch, Jochen aus dem Sitzungssaal zu entfernen und äußert damit konkludent eine Bitte um Kurzfassung. Jochen kommt sogleich zum Ende. Es gibt Beifall aus allen Fraktionen.

Veith stellt den Änderungsantrag der Juso-HSG zum Änderungsantrag von Rudi vor. Darin soll das AntiRa-Referat um 3,510 € (eine ganze Stelle fürs halbe Jahr bzw. halbe Stelle für ein Jahr) erhöht werden.

Fraktionspause uFaFo bis 21:58

Finanzreferat erklärt, dass es keinen praktikablen Gegenfinanzierungsvorschlag seitens des Finanzreferats gebe, sondern das Veith selbst einen solchen Vorschlag unterbreiten müsse. Veith schlägt die Kürzung der folgenden Titel vor: AStA-Party (1.500 Euro), Abos des AStA (1.000 Euro), 1.010 Euro aus Einsparungen AE (anstatt sie dem SeTi zukommen zu lassen).

Rudi nimmt inhaltlich Stellung hierzu: Er hält einen Gewinn von 1.500€ bei der AStA-Party für eher utopisch. Die Abos seien das Privatvergnügen von diversen Öffentlichkeitsreferenten. Zuwendungen an den SeTi-Haushalt zu streichen ist nicht möglich, da dann die Deckung nicht möglich sei.

Rudi stellt einen GO-Antrag auf Nichtbefassung des Änderungsantrags, es folgt eine inhaltliche Gegenrede. („Partys und Zeitungen wichtiger als AntiRa?!“) Die Abstimmung ergibt, dass 16 dafür sind, 13 dagegen, keine Enthaltungen; der Antrag wird nicht befasst.

Veith stellt sogleich einen neuen Änderungsantrag zum Änderungsantrag für die Juso-HSG: Er enthält die gleiche Änderung mit der Beauftragung an das Finanzreferat, einen geeigneten Deckungsvorschlag auszuarbeiten.

Rudi wendet ein, dass das nicht möglich sei, da Änderungsanträge eine Mehreinnahme oder Minderausgabe benötigen würden.

Veith hält dagegen, dass der Haushalt als Tischvorlage vorgelegt würde, in der die Streichung des AntiRa-Referats reichlich überraschend. Daher sei die Mitarbeit des Finanzreferats zur Deckung höchst wünschenswert.

Die Abstimmung über den Änderungsantrag zum Änderungsantrag ohne Deckung ergibt, 13 Stimmen dafür, 15 dagegen, eine Enthaltung; der Antrag ist somit abgelehnt.

Persönliche Erklärung von Rudi zu Protokoll:

„Ich sehe nicht ein, Veith Lemmen bei der Oppositionsarbeit zu unterstützen. R. Mewes“

Ein weiterer Änderungsantrag zum Änderungsantrag wird vorgestellt: Er beinhaltet die Rücksetzung des fzs-Betrages auf den alten Wert. Es stimmen 13 dafür, 16 dagegen, keine Enthaltungen; auch dieser Antrag ist folglich abgelehnt.

Es gibt nun keine weiteren Änderungsanträge zum Änderungsantrag.

Es folgt die Abstimmung über den Änderungsantrag von Rudi in der vorliegenden Form. Es stimmen 16 dafür, 13 dagegen. Der Antrag ist somit angenommen.

Zuletzt folgt die Abstimmung über II.2 in der nunmehr geänderten Form: 16 stimmen dafür, 13 dagegen.

Zu II.3

Johannes weist darauf hin, dass die Änderung zu II.3.52 (Aufwandsentschädigungen für SSp-Redaktion) die Beschlusslage des Haushaltsausschusses ignoriere. Rudi gibt das zu und räumt ein: „Ich habe mich da von Astrid überreden lassen.“

Conny fragt nach, was genau im Haushaltsausschuss beschlossen wurde.

Johannes erläutert: Bisher beträgt die AE 80 Euro, gewollt waren 120 Euro. Der erwirkte Kompromiss war: 100 Euro oder mehr, denn bei Verkleinerung der Redaktion auf 5 RedakteurInnen würden es 120 Euro werden. Bislang wurde dieser Kompromiss auch vom Finanzreferat so mitgetragen und im HHA in einer zweiten Abstimmung nochmals bestätigt.

Es gibt keine Änderungswünsche.

Es folgt die Abstimmung zu II.3: Es stimmen 16 dafür, 8 dagegen, 4 Enthaltungen.

Zu II.4

Rudi weist daraufhin, die Nichterhöhung der AE für das Sport-Referat war mit denen abgestimmt. Ansonsten keine Änderungen.

Abstimmung: 25 dafür, 0 dagegen, 3 Enthaltungen

Zu II.5

Abstimmung: 26 dafür, 3 Enthaltungen

Zu II.6:

Der Änderungsvorschlag vom Finanzreferat wird kurz erläutert und zur Abstimmung gestellt: Es sind 16 dafür, 13 dagegen, der Änderungsantrag ist somit angenommen. Weitere Änderungsanträge oder Wortmeldungen liegen nicht vor.

Abstimmung über II.6: 15 dafür, 13 dagegen

Rudi stellt einen Änderungsantrag vom Finanzreferat zu II.7 und anderen Titeln vor.

Johannes fragt erneut, warum auch dieser Änderungswunsch nie den Haushaltsausschuss von innen gesehen hat. Rudi: „Ich glaube, das ist jetzt von den Änderungsvorschlägen, die wir haben, die unpolitischste Geschichte.“ Es wurde bei diesem Änderungsantrag geprüft, wie viel in den betroffenen Titeln bereits ausgegeben worden ist. Dieser Kassensturz fand erst in der Woche nach Pfingsten statt, daher war keine Zeit mehr, damit in den HHA zu gehen.

Veith stellt einen Änderungsantrag zum Änderungsantrag: Man soll die Bewirtung ganz streichen, um das freiwerdende Geld ins AntiRa-Referat zu stecken

Rudi wendet ein, dass eine völlige Leerung des Titels nicht möglich sei, da bereits etwas Geld ausgegeben worden sei. Kurt fügt hinzu, dass „Repräsentation“ zwar hochtrabend klinge, aber damit wichtige Gespräche mit Studentenwerk und Brücke umfasst seien, auf die sich nicht so leicht verzichten ließe.

Julius führt aus, dass eine Begünstigung des Anti-Rassismus-Referates durch diesen Änderungsantrag zum Änderungsantrag nicht möglich sei, da über das Schicksal dieses Referats bereits abgestimmt worden sei.

Veith ändert seinen Antrag dahingehend, dass um 1.100 auf 400 Euro gesenkt wird, damit das zusätzliche Geld dem AntiRa zukommen möge. Rudi würde diesen Antrag übernehmen, wenn das Geld, anstatt ins AntiRa-Referat zu wandern, einem allgemeinen Überschuss zu gute käme. Er gibt jedoch kein Versprechen ab, dieses Geld in der dritten Lesung dem AntiRa-Referat zuzuweisen.

Veith ändert den Änderungsantrag zum Änderungsantrag von Rudi: Die Ersparnis soll in der zweiten Lesung in den allgemeinen Überschuss wandern. Erklärte Absicht ist jedoch, in der dritten Lesung das Geld für das AntiRa-Referat zu verwenden. Über diesen Antrag wird abgestimmt. Es stimmen 11 dafür, 15 dagegen, 1 Enthaltung.

Sodann wird über den Änderungsantrag von Rudi in der vorliegenden Form abgestimmt. 16 sind dafür, 13 dagegen.

Es folgt die Abstimmung über II.7 in der geänderten Form. Es stimmen 16 dafür, 12 dagegen bei einer Enthaltung.

Zu II.8: Abstimmung: einstimmig angenommen

Zu II.9: Abstimmung: 16 dafür, 13 Enthaltungen

Zu III.1: bei einer Enthaltung einstimmig

Zu III.2: 24 dafür, 3 dagegen

Zu IV.1; Abstimmung: 16 dafür, 7 dagegen, 4 Enthaltungen

Zu IV.2: Abstimmung: 16 dagegen, 13 Enthaltungen

Zu IV.3: bei 4 E einstimmig angenommen

Zu V.1: Abstimmung: Bei 4 Gegenstimmen angenommen

Zu V.2: Abstimmung: einstimmig bei einer Enthaltung angenommen

Zu V.3: einstimmig angenommen

VI.1: 24 dafür, 2 Enthaltungen

VI.2: einstimmig bei einer Enthaltung angenommen

VI.: einstimmig angenommen

VII.: 16 dafür, 13 Enthaltungen

VII.2: 16 dafür, 13 Enthaltungen

VII.3: einstimmig bei einer Enthaltung angenommen

VII.4: bei zwei Enthaltungen einstimmig angenommen

Fraktionspause Juso-HSG bis 23:35

Fraktionspause Linke.SDS bis 23:40

Die dritte Lesung wird in der nächsten Sitzung stattfinden.

Der Termin für die nächste Sitzung wird per Abstimmung ermittelt

Zur Debatte stehen Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag. Es stimmen für Montag 13 Stimmen, für Dienstag 1 Stimme, für Mittwoch 14 Stimmen, für Donnerstag 0 Stimmen, für Freitag 2 Stimmen.

Es folgt eine Stichwahl zwischen Montag und Mittwoch: 13 für Montag, 16 für Mittwoch.

Es wird für Mittwoch, für 17.6. eingeladen werden.

Stefan Roth beantragt Vertagung aller weiteren Tagesordnungspunkten, Astrid führt inhaltliche Gegenrede, die Bestätigung AStA-Refs solle noch erfolgen: 10 dafür, 11 dagegen, die Vertagung ist somit abgelehnt.

TOP 12: Bestätigung von AStA-ReferentInnen

Fraktionspause LSI bis 23:58

Es wird ein GO-Antrag auf einzelne Abstimmung gestellt, es gibt keine Gegenrede.

Sebastian Frolik und Philip Fehling werden zu Referenten für politische Bildung (jeweils eine halbe Stelle) ernannt: Sie werden bei einer Enthaltung einstimmig bestätigt.

Conny stellt einen GO auf Vertagung der weiteren Bestätigungen; 11 dafür, 14 dagegen, Die Vertagung ist somit abgelehnt.

Jochen ernennt Rudi Mewes zum Finanzreferenten (eine volle Stelle): Rudi möchte den Job aber nur bis August machen, da er dann gern nach Mexiko möchte.

Es wird ein GO auf geheime Abstimmung gestellt. Ergebnis der geheimen Abstimmung: 15 ja, 11 nein, 1 Enthaltung; Rudi nimmt das Amt an.

Astrid stellt einen GO auf en-bloc-Abstimmung der restlichen ReferentInnen. Hannes P. führt formale Gegenrede. Das Präsidium berät über die Zulässigkeit dieses Antrags.

Fraktionspause RCDS bis 00:33

Die Beratung des Präsidiums wird noch fortgesetzt. Der Antrag wird jedoch zurückgezogen.

Kurt Stiegler wird zum Sozialpolitik-Referenten (eine volle Stelle) ernannt. Kurt stellt sich zunächst vor und gibt einen Überblick über seine geplante Arbeit. Es folgt eine kurze Befragung durch das Parlament. Nils fragt Kurt, ob er schon Ideen bezüglich der Verwirklichung seiner Arbeitsziele hat.

Es wird ein GO-Antrag auf sofortige Abstimmung gestellt, es folgt keine Gegenrede. Ergebnis der Abstimmung: 13 dafür, 9 dagegen, keine Enthaltungen. Kurt nimmt das Amt an.

Jochen ernennt Caterina „Cäte“ Metje zur Referentin für Öffentlichkeitsarbeit und Beschwerden (insgesamt eine volle Stelle). Ergebnis der Abstimmung, 13 dafür, 9 dagegen, keine Enthaltungen.

Jochen ernennt Andy Strauß zum Kulturreferenten (eine halbe Stelle): 12 dafür, 9 dagegen, eine Enthaltung

Jochen ernennt Anna Imhoff zur Öffentlichkeitsreferentin (eine halbe Stelle): 12 dafür, 9 dagegen, eine Enthaltung

Jochen ernennt Jörg Rostek zum Hochschulpolitikreferenten (eine halbe Stelle): 12 dafür, 9 dagegen, eine Enthaltung

Jochen ernennt Benjamin Holsing zum Ökologie-Referenten (eine halbe Stelle): 12 dafür, 9 dagegen, eine Enthaltung

Rudi stellt einen GO auf Vertagung aller weiteren TOPs und Schließung der Sitzung; Veith führt formale Gegenrede: 14 dafür, 9 dagegen.

Alle weiteren Tagesordnungspunkte sind damit vertagt.

Die Sitzung wird sodann geschlossen.

Für die Richtigkeit,

Matthias Brune